

Spandauer Zeitung

Gingelnummer 10 Pfennig.

General-Anzeiger für Spandau und Umgegend

Ämtliches Organ

mit rechtsverbindlicher Publikationskraft

für staatliche und städtische Behörden

Erscheint täglich nachmittags

mit Ausnahme der Sonn- und gesetzlichen Feiertage.
Verlagsstelle: Berlin-Spandau, Neuenhardenstraße 101.
Telefon: Spandau 1226, 1227, 1228



Regelmäßige Beilagen:

Wöchentlich: „Spandauer Illustrierte Zeitung“, ab-
sonderlich: „Aus der Welt der Frau“ — „Der Kleinrentner“
Zweitspaltig: „Die technische Spandauer“.

Abgabetermin: Die 10. und 15. des Monats.
Abgabezeit: 70 Minuten vor dem Erscheinen.
Spandau 10 Pfennig; Familienabonnenten 10 Pfennig; im
regulären Teil 10 Pfennig. Ver-
lagengebühr beträgt 10 Pfennig, in
das Ausland, Distributionsgebühr 10
Pfennig. Keine Gewähr für
das Erscheinen von Zeitungen an
bestimmten Tagen oder Stellen.
Verleger: Spandauer Zeitungs-
G. m. b. H., Spandau; Con-
tractanten: Spandauer Zeitungs-
G. m. b. H., Spandau; Ver-
triebsstellen: Berlin, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200.

Nummer 11.

Mittwoch, den 14. Januar 1925.

32. Jahrgang.

Geschäft und Politik.

Pariser Brief.

Paris, den 12. Januar 1925.

Man kann der deutschen Diplomatie selten Ruhmesfränge flechten. Umso erfreulicher ist es, wenn man von den Handelsvertragsverhandlungen sagen kann, daß Staatssekretär Trendelenburg sie in einer Weise führt, die Hoffnung auf einen guten Erfolg zuläßt. Es war richtig, daß man von deutscher Seite nicht auf das Propositorium eingegangen ist, sondern daß man es ruhig darauf antommen ließ, mit dem 10. Januar das handelspolitische Vakuum zwischen Deutschland und Frankreich eintreten zu lassen. Dabei hat man — und das hat die Franzosen geradezu übersehen — die Verhandlungen über den endgültigen Handelsvertrag fortgesetzt. Deutschland hat also bewiesen, daß ihm nicht an Verschleppung der Verhandlungen, nicht an Schwierigmacherei gelegen ist, sondern an der praktischen Vollerfüllung eines gesunden und dauerhaften Handelsvertrags. Das wird von den Zeitungen der Linken, namentlich von „Ere nouvelle“ und „Deuxième“, auch offen anerkannt. Den verbissenen Organen der Rechten könnte Deutschland es freilich nie recht machen. Aber zu solcher prinzipiell abgeleiteten Haltung fehlen ja auch nicht die Gegenbeispiele vom anderen Ufer. Sollte man, um das Vakuum zu überbrücken, dennoch vor dem Abschluß des Hauptvertrags über gewisse Übergangsbestimmungen einig werden, so wird es sich nicht um ein bloßes Propositorium, sondern mehr um eine Art von Vorvertrag handeln, der dann in den endgültigen Vertrag aufgenommen wird. Jedenfalls hat sich der französische Unterhändler Maguabon schon genötigt gesehen, seine neuen Vorschläge bedeutend lebensfähiger zu gestalten, den einseitig französischen Standpunkt zurückzuführen gegenüber einem Leben und Leben lassen für beide Teile.

Die Konferenz der Ententesfinanzminister scheint sich im großen und ganzen an diesen Grundsatz gehalten zu haben. Die Fragen, die sich ja nur auf die Verteilung der deutschen Dawes-Leistungen unter die Verbündeten erstrecken haben, interessieren Deutschland nicht unmittelbar. Aber besser ist es immerhin auch für Deutschland, wenn keine Streitigkeiten zwischen unseren Gläubigern herrschen, weil wir, wie die Welt nun einmal ist, immer befürchten müssen, zur Rolle des Sündenbocks verdammt zu werden, auf dessen Rücken man sich einigt, um den man dem lieben Frieden opfert. An der Verlängerung der Kölner Besetzung können wir ja sehen, wie Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und England zu unserem Schaden ausgetragen werden.

Dem alten Clemenceau, der jetzt auf seinem Landgüthen Blumenzucht treibt, sind im Prozeß des kommunistischen Hauptmanns Saboul böse Dinge nachgesagt worden. Saboul, der sich 1917 der Sowjetregierung in Rußland angeschlossen, behauptet, Clemenceau sei schuld gewesen an der Kapitulation der Sowjets und am Frieden von Brest-Litowsk, den er durch militärische Unterstützung der Sowjets hätte verhindern können. So wird Clemenceaus Kriegspolitik jetzt nicht nur von dem reaktionären Marschall Franquet d'Espéret angegriffen, sondern auch von dem kommunistischen Hauptmann Saboul. Der Marschall wirft Clemenceau vor, er habe ihn im Oktober 1918 vom Marsch nach Wien und Berlin abgehalten; der Kommunist klagt ihn an, den militärischen Zusammenbruch Rußlands verschuldet zu haben. Wenn Cailleur, der jetzt Innenminister, zur Macht zurückkehrt, werden die Anklagen gegen Clemenceau sich noch mehr häufen. Der hartköpfige Alte wird immer eine sehr problematische Figur bleiben, vielleicht die rätselhafteste des ganzen Weltkriegs. Er wird niemals seine Memoiren schreiben — wenigstens nicht seine politischen —, denn sie würden zu einer schrecklichen Auflage gegen ihn selbst, gegen das Chaos, das er um sich herum verbreitet hat, werden. Andererseits ist er zu sehr Zyniker, um sich herauszulassen. Vielleicht frauchte ein Land in der schrecklichen Lage Frankreichs im Jahre 1917 einen solchen Zyniker zu seiner Rettung. (Deutschland hat 1918 keinen solchen Ketter gefunden, aber viele Leute, die ganz im Gegensatz zu Clemenceau, ihr eigenes Ansehen durch Memoiren geteilt haben.) Aber die Zeiten, in denen ein Clemenceau Frankreich mühslich sein konnte, sind vorbei. Das heutige Frankreich wendet sich von dem Manne, der so vieles weiß, der so viele Widersprüche in sich vereinigt und so rätselhaft schweigt, mit einem gewissen Schauder ab. So werden wohl auch die Angriffe Sabouls nicht zu irgendwelchen gerichtlichen oder staatsgerichtlichen Untersuchungen gegen Clemenceau Anlaß geben. Saboul ist freigelassen worden, sein Prozeß wird aller Wahrscheinlichkeit nach mit einer Freisprechung von der Anklage der Desertion und mit der Aufhebung des Todesurteils endigen. Jemand, der Clemenceaus gut kennt, sagte von ihm: Wäre er zur Zeit von Dreyfus' Verurteilung Kriegsminister und nicht Oppositionsjournalist gewesen, so hätte es nie eine Affäre Drey-

Das Ende der Krise?

Vor der Betrauung Dr. Luthers.

Berlin, 14. Januar. (Eigene Meldung.)

Die für Dienstag-Abend erwartete endgültige Entscheidung in der Frage der Regierungsbildung ist noch nicht gefallen. Die neue Regierung wird sich also auch am Mittwoch dem Parlament noch nicht vorstellen können, wohl aber hofft man, am Donnerstag soweit zu sein.

Eine offizielle Mitteilung über den Gang der Dinge besagt: „Der heutige Tag (der Dienstag) war mit Verhandlungen über Personalfragen ausgefüllt. Die Verhandlungen sind soweit fortgeschritten, daß man für heute die Betrauung des Ministers Luthor mit der Kabinettsbildung erwarten kann.“

Der Reichspräsident empfing gestern gegen 10 Uhr abends den Reichsfinanzminister Dr. Luthor zur Berichtserstattung über die bisherigen Verhandlungen mit den Parteien.

Die gestrigen Besprechungen haben sich hauptsächlich um Personalfragen gedreht. Der Brennpunkt der Verhandlungen war zu den Deutschnationalen verlegt, die ihre Fraktionsverhandlungen am Nachmittag nach 24stündiger Dauer einmal unterbrechen, um durch den Fraktionsvorsitzenden Schiele neue Verhandlungen mit Dr. Luthor zu führen, und die dann auch nach ausführlichen neuen Beratungen nochmals eine mehrköpfige Verhandlungsdelegation zu Dr. Luthor entsandte. Über diese Besprechung und die gegenwertigen Verhandlungen wird von allen beteiligten Stellen diesmal strengstes Stillschweigen bewahrt und lediglich zu erkennen gegeben, daß die Verhandlungen einen durchaus befriedigenden Verlauf nehmen.

Auch die Verhandlungen des Zentrums am Dienstag sind mehrfach unterbrochen worden, um inzwischen neue Verhandlungen mit Dr. Luthor zu führen. Am späten Abend ist denn die Fraktion ohne festen Beschluß auseinandergegangen und hat auf heute, Mittwoch, 12 Uhr, eine neue Sitzung anberaumt.

Die Deutschnationalen sind sich gleichfalls noch nicht endgültig schließend geworden. Es scheint sich in ihren Verhandlungen vor allem um die Art ihrer Vertretung im neuen Kabinett gehandelt zu haben. Ein Teil der Fraktion ist überhaupt gegen eine Teilnahme, ein anderer Teil verlangt zwei Minister, und ein dritter schließlich unbedingt die Übertragung des Innenministeriums. Dr. Luthor hat demgegenüber zunächst daran festgehalten, den Deutschnationalen nur das Finanzministerium zu überlassen. Es läßt sich zunächst nicht mit Sicherheit übersehen, ob man die Fraktion durch Überlassung von zwei ihr nächstehenden Fachministern entkündigt, oder ob schließlich das Zentrum Dr. Luthor ein weiteres Zugeständnis an die Deutschnationalen ermöglicht. Sicherlich wird man die bestehenden Schwierig-

keiten heute überwinden und dann das neue Ministerium am Donnerstag vor dem Parlament begrüßen können.

In der oppositionellen Haltung der Demokraten und Sozialdemokraten wird auch die Tatsache nichts ändern, daß Dr. Geßler seinen Posten als Kriegsminister verläßt und nicht erst die ausdrückliche Erlaubnis der demokratischen Fraktion, die ohnehin verweigert würde, einholen wird.

Die Auseinandersetzung in Preußen.

Mit höchster Spannung wird in politischen Kreisen der heutigen Sitzung des preussischen Landtags, die um 3 Uhr beginnt, entgegensehen. Die Kommunisten haben einen auf der Tagesordnung stehenden Mißtrauensantrag gegen die Regierung eingebracht, der allerdings so jählosch begründet ist, daß die Reichtsparteien ihm schwerlich zustimmen dürften. Die preussische Regierung hat eine Regierungserklärung ausgearbeitet, die, wie verlautet, vollständig und zum größten Teil mündlich mit der Regierungserklärung übereinstimmt, die Ministerpräsident Braun als Präsident der großen Koalition in Preußen nach der letzten Parlamentsöffnung abgab. Infolgedessen befindet sich die Deutsche Volkspartei in Preußen in einer ganz verzwickten Lage, da sie heute nicht auf gegen das stimmen kann, für das sie vor einiger Zeit eintrat. Als Ausweg hat sie zu einem Antrag gegriffen, der schließen soll, daß die Regierung Braun auf Grund des § 45 der preussischen Verfassung die verfassungsmäßige Grundlage nicht verliert. Wie es heißt, will sich die Wirtschaftspartei bei der Abstimmung über diesen Antrag der Stimme enthalten und die beiden Polen, die im Landtag sitzen, wollen gegen den volksparteilichen Antrag stimmen. Selbst wenn bei dieser Situation die Kommunisten, soweit sie nicht arbeitsfähig sind, im Landtag geschlossen mit den Volksparteilern und den Deutschnationalen stimmen, wird die Opposition nicht durchdringen; wenn Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten in voller Stärke erscheinen und für das Kabinett der Weimarer Koalition eintreten, Überraschungen sind freilich nicht ausgeschlossen. Gerade deshalb sieht man der heutigen Sitzung des Preussischen Landtags mit so großer Spannung entgegen. Von gut unterrichteter Seite verlautet ferner noch, daß Ministerpräsident Braun am Schluß der Regierungserklärung die Vertrauensfrage an den preussischen Landtag richten werde.

Berlin, 14. Januar. (W. D. Z.)

Im Reichstag herrschte heute vormittag bereits reges Leben. Sämtliche Fraktionen hielten vor der Plenarsitzung noch Fraktionsbesprechungen ab. Seit 11 Uhr sind die Sozialdemokraten versammelt, um zu der bevorstehenden Regierungsbildung Stellung zu nehmen. Um 12 Uhr trafen die Fraktionen des Zentrums und der Wirtschaftlichen Vereinigung zusammen, um 1 Uhr die Deutschnationalen und die Demokraten. Die anderen Fraktionen versammeln sich zu einem späteren Zeitpunkt, die Deutsche Volkspartei erst nach dem Plenum.

Die Aufräumungsarbeiten in Herne beendet.

Herne, 14. Januar. Zu dem gestrigen Eisenbahnunglück in Herne wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß die Aufräumungsarbeiten gestern nachmittags beendet waren, sobald der regelmäßige Verkehr wieder aufgenommen werden konnte. Der Zustand der in den Herne Krankenhäusern untergebrachten Schwerverletzten ist im allgemeinen der gleich geblieben, jedoch ist bei einzelnen eine Besserung zu verzeichnen. Man hofft, sämtliche Schwerverletzten am Leben zu erhalten.

Berlin, 14. Januar. Der Reichspräsident hat an den Präsidenten der Reichsversammlung in Genf folgende Telegramm gerichtet: Tief bewegt durch die Berichte über das schwere Eisenbahnunglück in Herne, bitte ich Sie, den Familien der auf so furchtbare Weise ums Leben gekommenen den Ausdruck meines herzlichsten Beileids zu übermitteln und den zahlreich Verletzten mit der Versicherung meiner Anteilnahme meine besten Wünsche für ihre baldige Wiederherstellung auszusprechen. Reichspräsident Ebert.

Köln, 14. Januar. Nach einer Meldung der „Rheinischen Zeitung“ wurde der Oberpräsident von Westfalen, Egon von Dönhoff, ermordet von Herne, Dr. Sporleder, ein Beileids-telegramm, in dem er die Bitte ausspricht, auch den von dem Unfall Betroffenen das innigste Beileid zugleich im Namen der preussischen Staatsregierung und der Provinz zu übermitteln.

Drei Arbeiter das Opfer giftiger Gase.

Funispruch der „Sp. 3tg.“

Saarbrücken, 14. Januar. Bei Vornahme von Reinigungsarbeiten an dem auf dem Saarbrücker Hauptbahnhof stehenden Dampfer gerieten am Montag zwei aus Dudweiler stammende Arbeiter, der 41 Jahre alte Reinhold Schwegler und der 19 jährige Rudolf Diesensee, in den Bereich giftiger Gase. Auf ihre Hilfe ufe lag der 18 jährige Sohn Schweglers, der ebenfalls an den Reinigungsarbeiten teilnehmen sollte, in den Lauf ein. Alle drei sind an den im Lauf vorhandenen giftigen Gasen erkrankt. Sie wurden erst am anderen Tage, als von solchen der Angehörigen Nachforschungen angestellt wurden, entbedt.

ausgegeben, und der Hauptmann wäre auf der Teufelsinsel gestorben.

Selbst da, wo Clemenceau (wie im Falle Dreyfus) ein Werkzeug der Gerechtigkeit gewesen ist, bleibt sein Wirken und Wesen rätselhaft. Dieser Mann war grausamer als Robespierre, zynischer als Talleyrand — und pflegt jetzt seine Blumen.

Houghtons' Nachfolger.

Funispruch der „Sp. 3tg.“

London, 14. Januar.

„Daily News“ zufolge wird der Nachfolger Houghtons, des amerikanischen Botschafters in Berlin, der Senator Mac Cormick sein.

Mac Cormick ist Beamter von Beruf und seine Ernennung würde der amerikanischen Politik entsprechen, keine Politiker mehr auf Botschafterposten zu entsenden. Mac Cormick ist, zusammen mit seinem Bruder, Besitzer der „Chicago Tribune“, die wenn auch im Augenblick nicht gerade deutschfreundlich, doch zu Anfang des Krieges eine der maßgebendsten Zeitungen Amerikas gewesen ist, die sich bemüht hat, Deutschland in objektiver Weise Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Auch Mac Cormick, der mehrmals und zuletzt erst kürzlich, Deutschland besucht hat, war gleich seinem Vorgänger im Sinne einer Verständigung tätig.

Endbericht nicht vor Monatsende.

Funispruch der „Sp. 3tg.“

London, 14. Januar. Dem diplomatischen Berichterstatter des „Daily Telegraph“ zufolge laufen bei den alliierten Regierungen weiterhin Interimberichte der verschiedenen Untersuchungskommissionen der Interalliierten Militärkontrollkommission ein. Der Eingang des endgültigen Berichtes der Kommission werde nicht vor Ende des Monats erwartet. Auf jeden Fall würden entscheidende Besprechungen zwischen den alliierten Regierungen über die Frage der nächsten Note an Deutschland kaum vorher stattfinden können.